



Dezernat V/Villa ten Hompel

26.05.2021

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Herr Querl

Telefon: 492-7107

QuerlS@stadt-muenster.de

Öffentliche **Berichtsvorlage**

Betrifft

Beauftragter gegen Antisemitismus im Zuge des neuen landesweiten Meldesystems für Prävention

Beratungsfolge

| | | |
|------------|-----------------|---------|
| 08.06.2021 | Kulturausschuss | Bericht |
| 09.06.2021 | Integrationsrat | Bericht |
| 23.06.2021 | Hauptausschuss | Bericht |

Bericht:

Aktuelle Ereignisse in Münster, Gelsenkirchen und anderen Kommunen des Regierungsbezirkes belegen die neue Aktualität eines alten Stereotyps und Problems: Antisemitismus bleibt auch über 75 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Anlässe für das Schüren von Hass oder Hetze werden quer durch die Gesellschaft kommuniziert - im privaten wie im öffentlichen Raum. Teils offen, teils über Umwege. Dass der Antisemitismus in Deutschland virulenter wird, zeigt beispielsweise nicht nur das offen zur Schau gestellte antisemitische Gedankengut bei sogenannten Querdenker-Demonstrationen, sondern auch die Entwicklung der Hasskriminalität in den vergangenen Jahren: Zwischen 2019 und dem vergangenen Jahr stieg allein die Anzahl der vom Bundeskriminalamt erfassten antisemitischen Straftaten um 15,70 Prozent (in absoluten Zahlen von bundesweit 2032 Straftaten im Jahre 2019 auf 2351 Straftaten im Jahresverlauf 2020). In der Phase ist insbesondere auch der Anstieg der Gewalt beunruhigend. Rund 90 Prozent der Straftaten wurden dem rechtsradikalen Milieu zugeordnet. Obgleich im Einzelfall Zweifel an der Exaktheit der Zuordnung bestehen können, lässt sich nicht darüber hinwegsehen, dass antisemitische Hasskriminalität in Deutschland dominant aus diesem Lager kommt. Niemand sollte die Zahlen der Statistiken zudem als exaktes Abbild der Realität missverstehen. Vielmehr ist aufgrund des Aufbaus des Erfassungssystems und der Routinen der polizeilichen Erhebungspraxis mit einer systematischen Unterschätzung antisemitischer Vorfälle zu rechnen. So werden viele antisemitische Meinungen und Taten zurzeit nicht angezeigt oder anderweitig erfasst.

Die steigende Anzahl antisemitischer Straftaten lässt sich zudem als Ausdruck einer zunehmenden Gelegenheitsstruktur interpretieren - sei es durch Radikalisierungsmöglichkeiten im Internet, sei es durch die steigende 'Salonfähigkeit' von nationalistischen, völkischen und rassistischen Positionen und Handlungen. Dass der Druck auf Jüdinnen und Juden auch in Münster wächst, zeigen nicht erst die akuten Aggressionen vor der Synagoge an der Klosterstraße am Abend des 11. Mai 2021 vor dem Hintergrund der angespannten Lage im Nahen Osten. Beispielsweise von Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Gemeinde oder des „Jugendbündnisses gegen Antisemitismus“ wird insbe-

sondere im Kontext der Corona-Pandemie schon länger eine Verschärfung der gesamten Situation wahrgenommen.

Antisemitismus zeigt sich also auch bei vielfach zuvor unauffälligen Personen. Mitglieder der jüdischen Gemeinde berichten im persönlichen Gespräch von Vorurteilen, vermeintlichen Witzen und der Sorge, offen als Jüdin und Jude erkennbar zu sein. Antisemitismus geht daher die ganze Gesellschaft an. Latente bis manifeste jüdenfeindliche Einstellungen sind weiterhin relativ konstant bei rund einem Viertel der deutschen Bevölkerung verankert – also weit über einen Personenkreis mit einem geschlossen antisemitischen Weltbild hinaus, wie etwa der aktuelle Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Bundesministeriums des Inneren wie auch eine wissenschaftliche Studie des jüdischen Weltkongresses zeigt. Nur ein Beispiel: Die pauschale Aussage „Juden sind loyaler gegenüber Israel als gegenüber Deutschland“ wird je nach Studie von 40-45 Prozent aller Deutschen geteilt.

Eine aktuelle Untersuchung der Universität Bielefeld untermauert zudem eindrucksvoll das Durchsickern teils codierter, teils offen antisemitischer Weltbilder über die derzeit größte und bedeutsamste Jugendkultur in Deutschland, im deutschsprachigen Rap. Es verwundert daher nicht, dass die 2018 veröffentlichte Studie „Erfahrungen und Wahrnehmungen von Antisemitismus“ der Europäischen Grundrechteagentur große Sorgen innerhalb der jüdischen Bevölkerung in Europa und Deutschland offenlegt und deckt sich mit den Gesprächseindrücken in Münster und in anderen Kommunen Westfalens. So sinkt auch die Anzahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland kontinuierlich, von 108.000 im Jahr 2005 auf unter 95.000 im Jahr 2019. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, auf mehreren Ebenen engmaschig im Gespräch zu bleiben und lokale wie landesweite Institutionen zur Bekämpfung des Antisemitismus stärker als bislang zu vernetzen.

Durch die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen wurde daher die Einrichtung eines landesweiten Meldesystems gegen Antisemitismus angeschoben. Die Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Bundesjustizministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ist für die Koordination und für den Aufbau dieses Meldesystems mit den Kommunen, der Landesregierung und den Fraktionen des Landtags im laufenden Dialog. Entsprechende Mittel werden über den Landeshaushalt bereitgestellt. In Westfalen-Lippe und im Rheinland wurden darüber hinaus bereits einvernehmlich entsprechende Beratungs- und Fachstellen neu geschaffen. Sie firmieren unter den Namen „ADIRA“ bei der Jüdischen Gemeinde Dortmund und als „[m²] miteinander mittendrin“ in Köln. Verschiedene Projekte zur Vorstellung der Teams auch in Münster sind zeitnah terminiert.

Mit Stefan Querl, stellvertretender Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel, ist auf dieser Grundlage ein Beauftragter in der Stadtverwaltung Münster gegen Antisemitismus ernannt worden. Sein Vertreter ist der pädagogisch-wissenschaftliche Mitarbeiter Peter Römer, ebenfalls im Geschichtsort Villa ten Hompel tätig. Ungeachtet von aktuellen Vorfällen in Münster und anderenorts sind beide auch alltags fortlaufend im Gespräch mit der Jüdischen Gemeinde und mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sowie mit den Schulen und der Polizei in Münster.

Unterstützt von einer studentischen Hilfskraft, die ebenfalls aus Fördermitteln der Landeszentrale für politische Bildung NRW am Geschichtsort Villa ten Hompel finanziert wird, sind beide Mitarbeiter sowohl verwaltungsintern als auch für die Opfer verbaler und physischer antisemitischer Taten Ansprechpartner. Eine weitere Seite des Amtes ist die präventive Arbeit, also beispielsweise die Frage, wie sich die Verbreitung und - bewusste oder unbewusste - Aufnahme antisemitischer Stereotype im Alltag oder in Schulen möglichst verhindern lässt. Dabei gilt es in jedem Fall, Gruppenkonstruktionen zu hinterfragen, die Antisemitismus allein als Problem der jeweils „Anderen“ ausmachen. Zur präventiven Arbeit gehört es zudem, als Teil der landesweiten Meldekette, die bis 2022 fertiggestellt werden soll, das Dunkelfeld zu erhellen. In die Jahresbilanz der Landesbeauftragten gegen Antisemitismus werden entsprechend auch die westfälischen Angaben und Entwicklungen mit einfließen, so dass künftig auch Gremien in Münster verlässlich darüber berichtet werden kann.

Darüber hinaus sind für Jugendliche und Erwachsene im Geschichtsort Villa ten Hompel aktuell neue Angebote geschaffen worden in der Vermittlung: Spezielle Thementage gegen Antisemitismus als

Ergebnisse aus einem von der Landeszentrale für politische Bildung NRW geförderten Kooperationsprojekt mit dem Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten, das erfolgreich abgeschlossen wurde, sowie gezielte individuelle Beratungsangebote der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim.info), die seit 2008 am Geschichtsort Villa ten Hompel angesiedelt ist.

In Vertretung
gez. Cornelia Wilkens
Stadträtin

Anlagen: A